



Bundesamt für Energie  
Programmleitung EnergieSchweiz  
3003 Bern

Per Mail: FU@bfe.admin.ch

Bern, 29. August 2019

## **Programmstrategie EnergieSchweiz 2021 bis 2030 Konsultation**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zur «Programmstrategie EnergieSchweiz 2021 bis 2030» Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung. Für unsere Mitglieder stellt die Energie- und Klimapolitik ein ausgesprochen wichtiges Handlungsfeld dar. Als Energiestädte oder als Eigentümer lokaler Energieversorger engagieren sich die Verbandsmitglieder des Städteverbandes seit Jahren für eine Energiepolitik, die auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien ausgerichtet ist. Entsprechend haben die Mitglieder des Schweizerischen Städteverbandes das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie in der Volksabstimmung vom Mai 2018 überdurchschnittlich deutlich angenommen.

Die vorliegende Stellungnahme stützt sich insbesondere auf Einschätzungen der energiepolitischen Kommission des Städteverbandes, der die städtischen Energiedirektoren angehören.

### **Allgemeine Einschätzung der Programmstrategie**

Das Programm EnergieSchweiz ist aus Sicht der Mitglieder des Städteverbandes ein wichtiges Element der Schweizer Energiepolitik, weil es Aktivitäten und Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien fördert, die wohl sonst nicht umgesetzt würden. Weil es sich um grundsätzlich freiwillige Aktivitäten und Massnahmen handelt, sind diese oft innovativ, flexibel und leisten einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Ziele der Energiestrategie 2050.

Um diese Ziele zu erreichen, braucht es – das zeigt sich besonders auch in der kommunalen Energiepolitik – eine langfristige Perspektive und einen breiten, sektorübergreifenden Ansatz. Insofern zielen die in der Programmstrategie definierten Handlungsfelder durchaus in die richtige Richtung. Die drei prioritären Handlungsfelder «Gebäudeeffizienz und erneuerbare Energien für private Haushalte»,



«Mobilität von privaten Haushalten und Unternehmen» sowie «Anlagen und Prozesse für Industrie und Dienstleistungen» decken einen grossen Teil des Schweizer Energieverbrauchs ab.

Die Bedeutung von energiepolitischen Schwerpunkten lässt sich allerdings nicht nur aufgrund ihres direkten Energieverbrauchs beurteilen. Richtigerweise befasst sich die Programmstrategie auch mit Querschnittsthemen, die zuweilen auch indirekt eine wesentliche Wirkung im Bereich von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien entfalten. Dazu gehört zweifellos der Bereich «Städte, Gemeinden, Quartiere und Regionen». Denn es sind gerade die Städte und Gemeinden, die durch ihre eigenen Massnahmen und den direkten Kontakt zur Bevölkerung und der lokalen Wirtschaft eine grosse energiepolitische Wirkung entfalten. Eine Wirkung, welche die vorliegende Programmstrategie unterschätzt.

Städte und Gemeinden sind in Fragen der Siedlungsentwicklung und Angebotsentwicklung zentrale Akteure und beeinflussen mit ihrer Politik u.a. die Verkehrsentwicklung und Mobilitätsnachfrage und damit einen wichtigen Teil des Energieverbrauchs. Nicht zu unterschätzen ist auch die enorme Wirkung der Städte und Gemeinden in der Kommunikation und Kooperation mit der Bevölkerung sowie Schulen, Vereinen oder der Wirtschaft. Nicht von ungefähr haben Kommunikation, Kooperation und Prozesse in der Verwaltung ein besonderes Gewicht im Energiestadt-Kriterienkatalog. Vor diesem Hintergrund sollten die Mittel für die Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden gegenüber heute deutlich aufgestockt werden. Diese enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Städten und Gemeinden ist im Übrigen auch durch das Subsidiaritätsprinzip und durch den Anspruch eines effizienten Mitteleinsatzes geboten.

Weiter erwecken die Ausführungen der Programmstrategie den Eindruck, dass die Fördermassnahmen für mehr Erneuerbare und Energieeffizienz vor allem auf den Strombereich abzielen, während andere erneuerbare Energieträger – bspw. Biogas – aussen vor bleiben. Generell vermissen wir in diesem Zusammenhang eine Gesamtenergiebetrachtung, die auch die Verteilung und die Speicherung über verschiedene Energieträger hinweg einschliesst (Stichwort Sektorkopplung). Eine derartige Programmstrategie müsste u.E. darauf abzielen, die Energieversorgung insgesamt ökologischer, emissionsärmer und effizienter zu gestalten. Dieser Anspruch wird nur ungenügend eingelöst.

Weiter wurde in unserer verbandsinternen Konsultation bemängelt, dass die Klimathematik zwar als transversales Thema erwähnt wird, dabei aber die Behandlung dieses zentralen Politikbereichs nur sehr oberflächlich geschieht.

### **Querschnittsthema «Städte, Gemeinden, Quartiere und Regionen»: Ja zu den Zielen, Anpassungsbedarf bei den Massnahmen**

Wir teilen die Feststellung, dass zahlreiche Städte und Gemeinden in den letzten Jahrzehnten in der Energie- und Klimapolitik ein hohes Niveau erreicht haben. Dies ist das Resultat einer konsequenten, langfristig ausgerichteten Energiepolitik. Nicht von ungefähr sind diejenigen Städte, die ihre Energie- und Klimapolitik auf die 2000-Watt-Gesellschaft ausrichten, langjährige Energiestädte, meist in der Ausprägung Gold. Die regelmässigen Rezertifizierungen und ein Massnahmenkatalog, der laufend dem Stand der Technik angepasst wird und immer wieder neue Themenbereiche aufnimmt, tragen



wesentlich zur Kontinuität bei und setzen immer wieder neue Anreize für die energiepolitische Weiterentwicklung.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Klimadiskussionen der letzten Monate verfolgen viele Städte und städtischen Gemeinden den Weg in Richtung von Klimaneutralität, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien mit noch grösserer Konsequenz als bisher. Dieser Weg verlangt grosse Anstrengungen und deshalb ist zu begrüessen, wenn unsere Mitglieder von EnergieSchweiz bei ihren Bestrebungen auch in der nächsten Dekade unterstützt werden. Wir teilen deshalb die Ziele, die EnergieSchweiz für die Städte und Gemeinden formuliert hat und sind der Überzeugung, dass die energie- und klimapolitischen Ziele von Bund, Kantonen sowie Städten und Gemeinden nur in Zusammenarbeit zwischen allen Staatsebenen umgesetzt werden können.

Im Gegensatz zu den Zielen vermag der formulierte Massnahmenkatalog allerdings nicht zu überzeugen. Insbesondere fehlt die kontinuierliche Unterstützung für das Programm Energiestadt, resp. für dessen langfristig angelegten Zertifizierungsprozess. Stattdessen legt die vorliegende Programmstrategie den Fokus auf die Unterstützung von Einzelprojekten im Bereich von Energieinfrastrukturen. So willkommen ein Beitrag an einen Wärmeverbund oder eine PV-Anlage im Einzelfall auch sein mag, wird der Entscheid für ein derartiges Projekt im Normalfall nicht aufgrund der Bundesunterstützung getroffen. Auch haftet einer derartigen Unterstützung etwas Zufälliges an, zumal die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen dürften, kommunale Projekt in substanzieller Hinsicht zu unterstützen.

Gleichzeitig rufen andere Massnahmen – Austauschplattformen, Multiplikation von fortschrittlichen Konzepten, quantifizierbare Zielsetzungen aufgrund von individuellen Analysen – geradezu nach einer Fortsetzung des Programms Energiestadt. Dieses Programm bietet nach wie vor die beste Möglichkeit, eine gleichermassen zielgerichtete und flexible, auf die besondere Ausgangslage der jeweiligen Stadt oder Gemeinde ausgerichtete Energiepolitik mit entsprechender Breitenwirkung zu verfolgen. Dabei ist die langfristige Perspektive ein wichtiges Element der Erfolgsgeschichte von Energiestadt. Dass langjährige Energiestädte andere Bedürfnisse haben als solche, die erstmals zertifiziert werden, ist völlig klar und wird vom Trägerverein Energiestadt mit neuen Ansätzen für die Rezertifizierung bereits berücksichtigt.

Ein Rückzug von EnergieSchweiz aus der Unterstützung des Zertifizierungsprozesses wie auch aus der Finanzierung der Grundangebote des bisherigen Teilprogramms «EnergieSchweiz für Gemeinden» würde die Umsetzung dieser Massnahmen unnötig erschweren. Dass dabei das heutige schwer durchschaubare System an Programmen, Labels und Instrumenten vereinfacht werden soll, ist selbstverständlich. Der Trägerverein Energiestadt hat in diesem Zusammenhang bereits Vorschläge eingebracht. Auch ist daran zu erinnern, dass die zunehmende Komplexität und die dauernden Veränderungen der letzten Jahre wesentlich von Seiten des Bundes getrieben wurden.

### **Fazit: Energiestadt stärken, statt ausbluten**

Zusammenfassend erachten wir die vorliegende Programmstrategie als keine überzeugende Grundlage für die nächste Dekade von EnergieSchweiz. Wir vermischen an verschiedenen Orten der Strategie eine umfassende Gesamtenergiebetrachtung und sind dezidiert der Meinung, dass der Zusam-



menarbeit mit Städten und Gemeinden ein grösseres Gewicht eingeräumt werden sollte – auch in finanzieller Hinsicht. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Energiestrategie 2050 nur in einer engen Zusammenarbeit der drei Staatsebenen umgesetzt werden kann.

Im Zentrum der Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden sowie Quartieren und Regionen sollte u.E. nach wie vor das Programm Energiestadt als zentrales und bewährtes Instrument der kommunalen Energie- und Klimapolitik stehen. Dieses Instrument sollte als Kompetenzzentrum gestärkt werden, auch dank klareren und vereinfachten Strukturen. Damit dies gelingt, ist u.E. eine Unterstützung des Programms im Allgemeinen und des Zertifizierungsprozesses im Speziellen durch EnergieSchweiz unabdingbar.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Städteverband**

Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat  
Stadtpräsident Solothurn

Präsident der energiepolitischen Kommission

Reto Nause  
Gemeinderat Bern

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband  
Trägerverein Energiestadt